

Für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit in Bonn

Kommunalwahlprogramm des BSW für Bonn

Während immer mehr Menschen in NRW mit steigenden Preisen, kaputten Schulen, mangelnder Kita-Betreuung, fehlenden Ärzten und niedrigen Renten kämpfen, steckt die Bundesregierung Hunderte Milliarden in Waffen und Kriege.

Wir sagen: Schluss mit diesem Irrsinn! Das Geld wird dort gebraucht, wo die Menschen leben: in unseren Städten, Dörfern, Familien.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) steht für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft.

Wer bei der NRW-Kommunalwahl das BSW wählt, stärkt mit seiner Stimme die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland und verleiht damit konsequenter Friedenspolitik auch auf Bundesebene mehr Gewicht.

Wer bei der Kommunalwahl das BSW wählt, setzt damit auch ein klares Zeichen gegen eine Politik, die die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten lässt und zunehmend handlungsunfähig macht. Das BSW will starke Kommunen mit soliden Finanzen: damit das Leben vor Ort wieder funktioniert.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) tritt in Bonn an als politische Alternative. Unsere Politik richtet sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt, frei von ideologischen Scheuklappen und den Interessen mächtiger Lobbygruppen. Wir setzen uns für eine starke lokale Gemeinschaft ein, in der das Miteinander im Vordergrund steht und jeder Mensch die Chance auf ein erfülltes Leben hat.

Dieses Programm legt die Grundlage für unsere politische Arbeit im Rat der Stadt Bonn. Es benennt die zentralen Handlungsfelder und unsere Lösungsansätze für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, dieses Programm mit uns zu diskutieren, es durch weitere lokale Perspektiven zu bereichern und gemeinsam mit uns die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

1. Frieden und Abrüstung: Kommunale Verantwortung wahrnehmen

Für das BSW gilt die klare Ansage von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

Für den heutigen SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius gilt hingegen: „Mit Bildung und Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen.“

Dementsprechend haben CDU/Grüne/SPD die Schuldenbremse ausschließlich für unbegrenzte Aufrüstung aufgehoben. Und ein Großteil des 500-Milliarden-Euro-„Sondervermögens“ (also Schulden!) soll für „kriegstüchtige“ Brücken, Straßen, Schienen und unterirdische Krankenhäuser ausgegeben werden.

Im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ soll die zivil-militärische Zusammenarbeit massiv ausgebaut werden. Das betrifft gerade auch die Kommunen.

Das BSW wird sich dem auch vor Ort konsequent entgegenstellen:

Wir brauchen keine Bunker und panzertauglichen Brücken in Bonn, sondern eine lebenswerte Stadt!

Auch Städte können und müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum Frieden leisten. Das Grundgesetz verpflichtet uns in Art. 1 Abs. 2, die Menschenrechte als Grundlage des Friedens in der Welt zu achten. Diese Verpflichtung gilt auf allen staatlichen Ebenen, auch in unserer Stadt. Während andere auf Aufrüstung setzen, hält das BSW daran fest: Dauerhafter Frieden wird nicht durch immer mehr Waffen geschaffen.

Konkret bedeutet das für Bonn:

- **Keine städtische Unterstützung für Aufrüstung und Militarisierung:** Wir werden uns im Rat dafür einsetzen, dass die Stadt keine freiwilligen Beiträge zur Militarisierung leistet. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr im kommunalen Raum ab und prüfen rechtliche Möglichkeiten, diese einzuschränken (z.B. durch Positivlisten für Werbung).
- **Wir unterstützen den Bonner Appell zum bundesweiten Bündnis „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“** (www.unter18nie.de) und werden im Rat dafür streiten, dass die Stadt Bonn Initiativen zur Änderung der Gesetzeslage ergreift, welche bislang die gezielte Anwerbung Minderjähriger durch die Bundeswehr ermöglicht und insbesondere die Kommunen zur Herausgabe der Meldedaten ihrer sechzehn- und siebzehnjährigen Bürger an die Bundeswehr verpflichtet.
- **Das BSW ist gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen und Bildungseinrichtungen.** Wir lehnen jedwede Vereinbarung zwischen Stadt und Bundeswehr hierzu ab.
- **Keine kommunale Förderung von Rüstungsbetrieben:** Ausschluss von Förderungen und der Berücksichtigung bei Vergaben für Firmen, wie z.B. Rheinmetall Protection Systems GmbH, Steep GmbH und andere Firmen, die in Bonn ganz oder zumindest in erheblichem Umfang für das Militär arbeiten.
- **Zivile Konfliktlösung und Völkerverständigung fördern:** Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Initiativen zur Völkerverständigung unterstützt. Sie könnte z.B. im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der internationalen Organisation "Mayors for Peace" Initiativen für den Frieden in Israel und Palästina anregen. In diesem Zusammenhang werden wir auch gezielt kommunale Partnerschaften mit Städten auf den Weg bringen, um den Wert des Friedens durch direkten Austausch erfahrbar zu machen und beim zivilen Wiederaufbau zu helfen. Kommunale Partnerschaften sind Grundlage von Weltoffenheit und Völkerfreundschaften. Darum sind sie insbesondere in Zeiten der Spannungen zu pflegen und zu unterstützen.
- **Die Bonner Partnerstadt im Westjordanland, Ramallah,** ist durch die stark angestiegene israelische Siedlergewalt und die immer brutaler vorgehende Militärbesatzung in wachsendem Maße betroffen. Wir werden darauf hinwirken, dass Bonn seine Kontakte zur Partnerstadt Ramallah verstärkt. Dies ist für die Menschen vor Ort in Zeiten massiver Unterdrückung, Gewalt und Vertreibung besonders wichtig. Dass die Stadtverwaltung ihre Kontakte zu Ramallah gerade

in dieser schwierigen Zeit eingeschränkt hat, halten wir für einen schweren Fehler.

- **Symbolische Zeichen für den Frieden setzen:** Wir wollen das Bewusstsein für Frieden im öffentlichen Raum stärken. Das kann durch die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Friedensaktivisten oder -orten geschehen. Wir unterstützen kreative Aktionen, die das Thema Frieden sichtbar machen.
- **Bürgerrechte schützen:** Aktive Information und einfache Widerspruchsmöglichkeiten bei Datenweitergabe an die Bundeswehr sicherstellen (siehe Bürgerbeteiligung).

2. Städtische Finanzen: Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, gerecht investieren

Seit vielen Jahren reden SPD, CDU und Grüne über die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen.

Das sind genau dieselben Parteien, die in all diesen Jahren mit wechselnden Koalitionspartnern die Bundes- und NRW-Landesregierungen stellen.

Aber nichts ändert sich zum Besseren.

Im Gegenteil: Bonn steht in NRW auf Platz drei der am höchsten verschuldeten kreisfreien Städte. Die finanzielle Lage der meisten Großstädte in NRW ist mittlerweile besorgniserregend. Ihnen werden stetig neue Aufgaben von Bund und Land übertragen, ohne dass eine adäquate finanzielle Ausstattung sichergestellt wird. Diese Praxis untergräbt die kommunale Selbstverwaltung und führt zu einem erheblichen Investitionsstau, der sich in vernachlässigten Schulen, schlechten Straßen und fehlenden sozialen Angeboten widerspiegelt. Eine hohe Verschuldung, oft verursacht durch Kassenkredite zur Deckung laufender Haushaltsdefizite, schränkt die kommunale Handlungsfähigkeit drastisch ein.

Das BSW fordert daher eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Bund und Land müssen eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzausstattung der Städte sicherstellen. Sie dürfen den Kommunen keine neuen Aufgaben mehr ohne vollständigen finanziellen Ausgleich zuweisen. Solche Mehrkosten sind, wenn wir sie schon ausführen müssen, vollumfänglich von der anordnenden Stelle zu tragen. Wir unterstützen zudem eine faire Lösung für die drückende Altschuldenproblematik vieler Großstädte. Städte müssen wieder mehr Autonomie bei der Festlegung ihrer Ausgabenprioritäten erhalten und dürfen nicht länger von der Tropf-Politik kurzfristiger Förderprogramme abhängig sein.

Kreisfreie Städte tragen eine immense finanzielle Last, da sie das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben finanzieren müssen – von der Kita bis zum Berufskolleg, vom lokalen Park bis zum Gesundheitsamt. Hohe Sozialausgaben, Sanierungsstau bei Infrastruktur und Gebäuden sowie oft erhebliche Altschulden engen den Handlungsspielraum dramatisch ein. Die Abhängigkeit von schwankenden Gewerbesteuererträgen und unzureichenden Zuweisungen von Bund und Land verschärft die Situation.

Das BSW fordert eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen, die die besonderen Belastungen kreisfreier Städte berücksichtigt und ihnen eine verlässliche,

auskömmliche Finanzierung garantiert. Eine faire und nachhaltige Lösung für das Altschuldenproblem ist überfällig und muss von Bund und Land getragen werden. **Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ (Konnexität) muss hier gelten, insbesondere wenn von übergeordneten Stellen nicht ausreichend finanzierte Aufgaben gefordert werden.**

Wir stehen für eine solide und transparente Haushaltspolitik in unserer Stadt. Priorität haben Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Klimaschutz. Privatisierungen städtischen Eigentums oder öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab, da sie oft zu Lasten der Bürger und der Qualität gehen. Lokale Steuern, insbesondere die Grund- und Gewerbesteuer, müssen sozial ausgewogen gestaltet sein und dürfen kleine und mittlere Einkommen sowie den lokalen Mittelstand nicht überfordern.

Das BSW setzt sich für eine effektive und bürgernahe Verwaltung ein. Dabei muss die Stadt Bonn in Abstimmung mit den Beschäftigten auch Einsparpotenziale nutzen, ohne dabei notwendige Dienstleistungen zu kürzen. Wir fordern eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel von Bund und Land und werden uns aktiv für die Altschuldenhilfe stark machen. Städtische Unternehmen (z.B. Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Verkehrsbetriebe) sollen in öffentlicher Hand bleiben und ihre Gewinne dem Gemeinwohl dienen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Finanzen:

- **Faire Finanzierung:** Auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung durch Bund/Land, Berücksichtigung städtischer Lasten.
- **Konnexität einhalten:** Keine Übernahme nicht voll finanzierter Aufgaben von Bund und Land.
- **Altschuldenlösung:** Umfassende Entlastung der Stadt von Altschulden.
- **Solide Haushaltspolitik:** Verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern, Priorität für soziale und infrastrukturelle Investitionen.
- **Keine Privatisierung:** Städtisches Eigentum und öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand behalten.
- **Gerechte lokale Steuern:** Sozial ausgewogene Grund- und Gewerbesteuerpolitik.
- **Effiziente Verwaltung:** Einsparpotenziale nutzen, ohne Kernleistungen zu kürzen.

3. Wirtschaft und Arbeit: Urbanen Standort stärken, gute Arbeit sichern

Als kreisfreie Stadt ist Bonn ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Neben großen Unternehmen wie der DHL und der Telekom prägen vielfältige kleine und mittlere Betriebe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen das Bild. Herausforderungen sind der Strukturwandel, der Fachkräftemangel, die Sicherung guter Arbeitsbedingungen und die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Dabei fällt auf, dass insbesondere für kleine produzierende und Handwerksbetriebe nicht ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Das wollen wir ändern.

Das BSW setzt sich für eine aktive Wirtschaftspolitik ein, die eine vielfältige und widerstandsfähige städtische Ökonomie fördert. Wir wollen den lokalen Mittelstand und das Handwerk durch Bürokratieabbau und gezielte Programme unterstützen. Gleichzeitig erwarten wir von allen Unternehmen, insbesondere den großen, soziale Verantwortung und die Schaffung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze. Die Stadt muss ihre erhebliche Marktmacht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen. **Unternehmen der Rüstungsindustrie dürfen keine städtische Wirtschaftsförderung erhalten und sollen bei Vergaben nicht bevorzugt werden.** Wir fördern Innovationen, insbesondere in den Bereichen Umwelttechnologie, Digitalisierung und soziale Dienstleistungen. Städtische Unternehmen wie Stadtwerke oder Verkehrsbetriebe sollen gestärkt werden und als Anbieter guter Arbeitsplätze vorangehen.

In Bonn wollen wir eine aktive Flächenpolitik betreiben, die sowohl ausreichend Raum für bestehende und neue Unternehmen bietet als auch ökologische Belange berücksichtigt. Die Ansiedlung neuer Betriebe muss qualitativ gesteuert werden, um Umweltbelastungen zu minimieren und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universität und Forschungseinrichtungen fördern, um Innovationen zu stärken. Die berufliche Aus- und Weiterbildung, insbesondere an den städtischen Berufskollegs, muss eng am Bedarf des lokalen Arbeitsmarktes ausgerichtet sein. Wir unterstützen die Gründung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Unternehmen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Wirtschaft und Arbeit:

- **Vielfältige Wirtschaft:** Mittelstand, Handwerk, innovative Branchen und soziale Ökonomie fördern.
- **Gute Arbeit für alle:** Tarifbindung und faire Arbeitsbedingungen fördern, auch durch öffentliche Auftragsvergabe.
- **Städtische Unternehmen stärken:** Stadtwerke, Verkehrsbetriebe etc. in öffentlicher Hand halten und als gute Arbeitgeber positionieren.
- **Qualitative Standortentwicklung:** Gewerbeflächen bedarfsgerecht und umweltverträglich entwickeln. Insbesondere Handwerk und kleine produzierende Betriebe sollen in Bonn mehr Raum bekommen.
- **Keine Wirtschaftsförderung für Rüstungsunternehmen.**
- **Innovation und Fachkräfte:** Zusammenarbeit Wirtschaft/Wissenschaft fördern, berufliche Bildung stärken.
- **Bürokratie abbauen:** Verfahren für Unternehmen vereinfachen.

4. Soziales, Jugend und Gesundheit: Zusammenhalt organisieren, Versorgung für alle

Bonn trägt die Verantwortung für soziale Sicherung, Jugendhilfe und öffentliche Gesundheit auf dem Gebiet der Stadt. Die Stadt betreibt Jugend- und Gesundheitsämter, organisiert die Sozialhilfe und Eingliederungshilfe und ist an der Krankenhausplanung beteiligt. Soziale Herausforderungen sind hier Integration,

Pflegebedarf und gesundheitliche Versorgung, die für alle zugänglich sein muss – auch für gesetzlich Versicherte.

Das BSW tritt für eine starke, solidarische Stadtgesellschaft ein, in der niemand zurückgelassen wird. Die soziale Daseinsvorsorge muss öffentlich organisiert und auskömmlich finanziert sein. Wir fordern gut erreichbare und personell ausreichend ausgestattete Jugendämter, Gesundheitsämter und soziale Beratungsstellen in allen Stadtteilen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich Krankenhäusern und Fachärzten, muss für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert sein. Prävention und Gesundheitsförderung müssen gestärkt werden. Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen brauchen passgenaue Unterstützung und barrierefreie Angebote.

Wir werden uns dafür einsetzen, Bonns soziale Dienste bedarfsgerecht auszubauen und für kurze Wege und schnelle Hilfe zu sorgen. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzten und Kliniken muss verbessert werden. Wir fördern den Ausbau von Angeboten der Altenhilfe, von der ambulanten Pflege bis zu vielfältigen Wohnformen. Die Jugendhilfe muss präventiv arbeiten und Kinder und Jugendliche wirksam schützen. Wir bekämpfen Armut durch soziale Programme und setzen uns für faire Bedingungen am Arbeitsmarkt ein (siehe Wirtschaft). Die vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in städtischen Gebäuden ist unser Ziel.

Unsere Kernforderungen im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit:

- **Starke soziale Infrastruktur:** Ausreichend Personal und Mittel für Jugendamt, Gesundheitsamt, soziale Dienste.
- **Gesundheitsversorgung sichern:** Erhalt und Stärkung kommunaler Krankenhäuser, gute ambulante Versorgung für alle Stadtteile, u.a. durch Medizinische Versorgungszentren.
- **Prävention ausbauen:** Gesundheitsförderung und frühe Hilfen stärken.
- **Unterstützung für alle Lebenslagen:** Bedarfsgerechte Angebote für Familien, Senioren, Menschen mit Behinderung.
- **Armut bekämpfen:** Soziale Programme, Zugang zu Arbeit und Bildung fördern.
- **Barrierefreie Stadt:** Konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit.

5. Bildung und Schule: Beste Chancen in einer vielfältigen Stadt

In keinem anderen Industrieland außer den USA hängen die Bildungschancen der Kinder so eng vom Einkommen der Eltern ab wie in Deutschland.

Die Verantwortung für diese krasse Chancenungleichheit tragen SPD/CDU/Grüne/FDP, die seit Jahrzehnten in den Bundesländern und im Bund in wechselnden Koalitionen die Regierungen stellen.

Unsere Schulen und Kindertagesstätten leiden unter einem erheblichen Sanierungsstau und Personalmangel. Die Qualität der Bildung darf jedoch nicht vom Wohnort oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

Das BSW will in Bildung investieren, um allen Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt beste Zukunftschancen zu ermöglichen, unabhängig vom Stadtteil oder der sozialen Herkunft. Wir fordern massive Investitionen in die Sanierung, Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau unserer Schulen und Kitas. Dazu gehört eine zeitgemäße digitale Ausstattung, aber auch ansprechende Lernumgebungen und Schulhöfe. Wir setzen uns für gebührenfreie Kitas und ein kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen ein. Das Schulangebot muss vielfältig sein und allen Begabungen gerecht werden. Gesamtschulen sollen gestärkt werden.

Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und multiprofessionelle Teams sind unverzichtbar und müssen ausgebaut werden. Der Lehrer- und Erziehermangel muss auch durch attraktive Arbeitsbedingungen vor Ort bekämpft werden.

Wir werden im Rat ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die maroden Bonner Schulen auf den Weg bringen. Hierfür muss das Städtische Gebäudemanagement (SGB) endlich zu einer schlagkräftigen Organisation umgebaut werden, denn in vielen Fällen scheitert die überfällige Renovierung nicht an fehlenden Haushaltsmitteln, sondern an einem Gebäudemanagement, das seinen Aufgaben nicht ordentlich nachkommt. Wir wollen ausreichend Kita-Plätze schaffen und die Gebührenfreiheit durchsetzen.

Die Schulentwicklungsplanung muss soziale Spaltungstendenzen abbauen und für eine gute Verteilung hochwertiger Bildungsangebote in allen Stadtteilen sorgen. Wir unterstützen den Bau einer weiteren Gesamtschule in Bonn.

Wir unterstützen die Berufskollegs als wichtige Partner der Wirtschaft und der Weiterbildung. Städtische Bibliotheken und die Volkshochschule sollen als zentrale Orte des Lernens und der Begegnung gestärkt werden. Digitale Bildung muss sinnvoll vorangetrieben, aber durch pädagogische Konzepte begleitet werden.

Unsere Kernforderungen im Bereich Bildung und Schule:

- **Massiv investieren:** Umfassende Sanierung, Modernisierung und Ausbau von Schulen und Kitas.
- **Gebührenfreie Bildung:** Kostenlose Kitas durchsetzen und die bisherige Erstattung auf Antrag zu einem allgemeinen kostenlosen Mittagessen ausbauen. Lernmittelfreiheit in den Schulen.
- **Ganztagsangebot sichern:** Ausreichende und hochwertige Ganztagsplätze in Schulen und Kitas schaffen. Der gesetzliche Anspruch auf Kinderbetreuung muss vollständig und ganzjährig gewährleistet werden.
- **Chancengleichheit:** Soziale Segregation abbauen, Schulen in benachteiligten Lagen besonders fördern.
- **Vielfältiges Angebot:** Stärkung aller zukunftsweisenden Schulformen, insbesondere Gesamtschulen und Berufskollegs. Wir unterstützen den Bau einer weiteren Gesamtschule in Bonn.
- **Unterstützungssysteme ausbauen:** Mehr Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, multiprofessionelle Teams.
- **Gute Ausstattung:** Moderne digitale und analoge Lernmittel für alle Schulen.
- **Lebenslanges Lernen:** Städtische Bibliotheken und Volkshochschule stärken.

6. Wohnen und Bauen: Die städtische Wohnungskrise bekämpfen

In den letzten 20 Jahren ist der Wohnungsbau mehr und mehr zum Erliegen gekommen. Allein schon der Bestand an Sozialwohnungen hat sich in dieser Zeit mehr als halbiert: Die Verantwortung hierfür tragen SPD/CDU/Grüne/FDP, die seit Jahrzehnten im Rat, in den Bundesländern und im Bund in wechselnden Koalitionen die Regierungen stellen. Die zentrale Verantwortung trägt ein Fördersystem mit zeitlich beschränkter Sozialbindung. Deshalb fallen noch heute jedes Jahr mehr Sozialwohnungen weg, als neue gebaut werden können – auch in Bonn.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Fragen in Bonn. Schnell steigende Mieten, Verdrängung und Spekulation verschärfen die Situation. Als Planungs- und Genehmigungsbehörde hat die Stadt hier eine enorme Verantwortung und Gestaltungsmacht.

Das BSW erklärt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Chefsache. Wir wollen den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau massiv ausweiten. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft vebowag muss deutlich gestärkt und mit ausreichend Kapital und Grundstücken ausgestattet werden, um in großem Umfang bezahlbare Mietwohnungen zu bauen und langfristig zu sichern. Wir fordern die konsequente Anwendung und Verschärfung von Mietpreisregulierungen (Mietpreisbremse) und Maßnahmen gegen Zweckentfremdung und Spekulation. Wir werden alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, damit die Mieten in Bonn wieder bezahlbar werden. Innenentwicklung, Verdichtung und die Umnutzung von Brachflächen haben für alle Baumaßnahmen absoluten Vorrang. Wir sind gegen jede weitere Bebauung des Meßdorfer Feldes, auch in den Randflächen. Insbesondere sollen Naturschutzgebiete unangetastet bleiben und aufgewertet werden.

Wir werden eine aktive Bodenpolitik betreiben, um Grundstücke für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu sichern (z.B. durch Vorkaufsrechte, Konzeptvergaben, Erbpacht statt Verkauf). Wir wollen das Bonner Baulandmodell beibehalten und ausbauen, das 50 % geförderten Mietwohnungsbau für alle Vorhaben ab 20 Wohneinheiten vorsieht. Unser zentrales Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird aber die massiv aufgewertete vebowag sein. Wir werden innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder genossenschaftliches Wohnen fördern. Jede Stadtplanung muss von Anfang an soziale Infrastruktur, Grünflächen und gute Verkehrsanbindungen mitdenken.

Unsere Kernforderungen im Bereich Wohnen und Bauen:

- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen:** Priorität für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.
- **Städtische Wohnungsbaugesellschaft stärken:** Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands, insbesondere durch eine massiv ertüchtigte vebowag.
- **Mieten effektiv regulieren:** Mietpreisbremse durchsetzen, Spekulation bekämpfen.
- **Innenentwicklung konsequent umsetzen:** Verdichtung, Baulücken schließen, Brachflächen nutzen.

- **Soziale Quote festschreiben:** Beibehaltung und Weiterentwicklung des Bonner Baulandmodells
- **Aktive Bodenpolitik:** Grundstücke für gemeinwohlorientiertes Bauen sichern.
- **Bauen vereinfachen:** Verfahren beschleunigen, Vorschriften entschlacken (v.a. für sozialen Wohnungsbau).

7. Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung: Die Stadt am Laufen halten

Kreisfreie Städte managen komplexe Infrastruktursysteme: dichte Verkehrsnetze, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung und digitale Netze. Die Herausforderungen liegen in der Sanierung maroder Infrastruktur, der Organisation einer nachhaltigen Mobilitätswende und der Gestaltung einer smarten, aber lebenswerten digitalen Stadt.

Das BSW setzt auf eine Priorisierung des Umweltverbunds – ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Wir wollen den ÖPNV massiv ausbauen, die Taktung verdichten, das Netz erweitern und die Tarife deutlich senken; langfristig streben wir einen fahrscheinlosen ÖPNV an. Der Radverkehr braucht ein Netz sicherer, breiter und durchgängiger Radwege, vor allem kreuzungsfreie Schnellwege. Wir unterstützen die Umwandlung der stillgelegten Bahnstrecke in Beuel in einen Radweg. Der öffentliche Raum soll menschenfreundlicher gestaltet werden, mit mehr Platz für Fußgänger, Grünflächen und weniger Dominanz des Autoverkehrs. Die Lenkung des motorisierten Verkehrs soll dabei sinnvollen Anreizen folgen und nicht auf Schikanen setzen. Den Bau der Seilbahn zum Venusberg unterstützen wir als innovatives Verkehrskonzept mit Signalwirkung und sehen darin einen wertvollen Gewinn für das ÖPVN-Netz durch Entlastung der Bahnstrecken auf beiden Rheinseiten.

Die städtische Infrastruktur (Straßen, Brücken, Kanäle) muss saniert und instand gehalten werden. Der flächendeckende Ausbau mit Glasfaser ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Städtische Versorgungsunternehmen (Stadtwerke) sollen in öffentlicher Hand bleiben, um eine sichere, bezahlbare und zunehmend ökologische Versorgung mit Energie und Wasser zu gewährleisten. Digitale Angebote der Stadtverwaltung sollen ausgebaut werden, ohne den persönlichen Service zu vernachlässigen („Smart City“ mit Augenmaß). Die Kommunikation mit städtischen Behörden über das Internet (Digitalisierung) darf nicht zu einer Aufgabenverschiebung von der Verwaltung auf den Bürger führen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung:

- **Mobilitätswende gestalten:** ÖPNV massiv ausbauen durch Verdichtung der Takte im stadtnahen Bereich um 30 %, Rad- und Fußverkehr fördern.
- **Kostenloses Bus- und Bahnticket** für Schüler und Auszubildende.
- **Einsparpotenziale nutzen:** Für verkehrsschwache Zeiten den Einsatz von Kleinbussen und Bussen auf Bestellung prüfen.
- **Öffentlichen Raum umverteilen:** Mehr Platz für Menschen. Die Verkehrswende wird aber durch den Abbau von Parkplätzen allein nicht zu erreichen sein.
- **Digitale Stadt für alle:** Flächendeckenden Glasfaserausbau sicherstellen.

- **Städtische Unternehmen stärken:** Stadtwerke (Energie, Wasser) und Verkehrsbetriebe in öffentlicher Hand halten.
- **Nachhaltige Versorgung:** Sichere, bezahlbare, ökologische Energie- und Wasserversorgung.
- **Kreislaufwirtschaft fördern:** Abfall vermeiden, Recycling ausbauen.

8. Sicherheit und Ordnung: Für ein sicheres Leben in allen Quartieren

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut. Kriminalität, Vandalismus und Vermüllung im öffentlichen Raum dürfen nicht hingenommen werden.

Das BSW steht für eine Politik, die Sicherheit und Freiheit gleichermaßen gewährleistet. Wir setzen auf eine starke Präsenz von Ordnungsamt und Polizei in allen Stadtteilen, insbesondere an bekannten Kriminalitäts- oder Konfliktschwerpunkten. Vor allem aber ist Prävention der beste Schutz. Wir wollen soziale Ursachen von Kriminalität bekämpfen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und in gute Jugendarbeit investieren. Der städtische Ordnungsdienst muss gut ausgebildet, angemessen ausgestattet sein und bürgernah agieren. Die Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) muss modern ausgestattet sein, um ihre unverzichtbare Arbeit leisten zu können. Saubere und gepflegte öffentliche Räume tragen maßgeblich zum Sicherheitsempfinden bei.

Wir werden uns für eine jederzeit ausreichende personelle und materielle Ausstattung des Ordnungsdienstes und der Feuerwehr in Bonn einsetzen. Wir fordern eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Polizei, Sozialarbeit und Bürgerschaft. Präventionsprogramme gegen Gewalt und Kriminalität sollen gestärkt werden. Wir gehen konsequent gegen Vermüllung und Vandalismus vor.

Die von bonnOrange geschaffenen „Umweltscouts“ sollen im Ordnungsamt angesiedelt werden und im Wiederholungsfall auch Verwarn- oder Bußgelder verhängen dürfen. Zum Schutz unserer Naturschutzgebiete auf Stadtgebiet wollen wir eine Einheit von mindestens vier Rangern einrichten, die Besucher fachlich beraten, für mehr Verständnis werben, bei wiederholten Verstößen aber auch ordnungsrechtlich vorgehen können.

Die Beleuchtung von Wegen und Plätzen soll in Absprache mit Anwohnern und interessierten Bürgern verbessert werden, wo es zur Sicherheit beiträgt.

Unsere Kernforderungen im Bereich Sicherheit und Ordnung:

- **Präsenz zeigen:** Stärkung von Ordnungsamt und enge Kooperation mit der Polizei.
- **Vorbeugung statt Druck:** Soziale Ursachen bekämpfen, Jugendarbeit fördern, Zusammenhalt stärken.
- **Starke Feuerwehr:** Moderne Ausstattung und gute Bedingungen für Berufs- und Freiwillige Feuerwehr.
- **Saubere und sichere Räume:** Konsequentes Vorgehen gegen Vermüllung und Vandalismus, bedarfsgerechte Beleuchtung.

- **Bürger naher Ordnungsdienst:** Gute Ausbildung und Ausstattung, Fokus auf Service und Deeskalation.
- **Natur und Naturschutzgebiete besser schützen:** „Umweltscouts“ mit ordnungsrechtlichen Befugnissen stärken und Stellen für „Ranger“ zum Schutz unserer Naturschutzgebiete schaffen.

9. Klima schützen, Bonn auf Klimafolgen vorbereiten.

Auch beim Klimaschutz sind wir gegen Symbolpolitik und für echte Veränderung. Das BSW nimmt die Klimaerwärmung ernst. Dabei setzen wir nicht auf Ideologie, sondern auf kluge technische Lösungen, die CO2 effizient vermeiden und die Menschen nicht in Armut stürzen. Wir wollen keine hochbezahlten Stellen für viele neue Verwaltungsmitarbeiter, die umfangreiche Pläne erarbeiten, während die Stadt selbst ihre Hausaufgaben nicht erledigt. Gerade in Bonn kommt das Handeln, im Verhältnis zu den vielen vollmundigen Ankündigungen, immer wieder zu kurz. Was nützt ein Klimaplan, wenn die Stadt auch in den vergangenen fünf Jahren nicht geschafft hat, Solaranlagen auf alle geeigneten Dächer städtischer Gebäude zu bringen? Was nutzen vollmundige Bekenntnisse zur energetischen Sanierung, wenn die Stadt selbst dabei so langsam ist, dass die energetische Sanierung ihrer Gebäude beim bisherigen Tempo noch viele Jahrzehnte dauern wird? Warum entwickeln wir einen umfangreichen Hitzeaktionsplan, wenn auch während der Hitzewellen in diesem Sommer für alte und kranke Menschen wieder keine erreichbaren Hitzeschutzräume zur Verfügung stehen? Wir wollen Ergebnisse sehen, wo heute oft nur über die Probleme geredet wird. Die Stadt darf ihren Einwohnern nicht nur Klima predigen, sie muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Wenn wir gut durch die Hitzeperioden der kommenden Jahre und Jahrzehnte kommen wollen, müssen wir Frischluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen frei halten, damit sich die Temperaturen, insbesondere in den Tallagen, nicht weiter aufheizen. Bäume spenden nicht nur Schatten, sie können in Zeiten großer Hitze die Temperaturen in ihrer Umgebung auch um bis zu fünf Grad abkühlen. Neue Straßen dürfen daher nicht, wie in den vergangenen Jahren, mit wenigen, vereinzelt Bäumen geplant werden. Sie sollen grundsätzlich als dichte, zumindest einseitige Alleen gestaltet werden.

Unsere Kernforderungen im Bereich Klima:

- **Solaranlagen auf alle geeigneten städtischen Dächer** in den kommenden fünf Jahren.
- **Eigene Speicher für Strom schaffen**, im Eigentum der Stadt, betrieben durch die SWB.
- **Energetische Sanierung aller städtischen Gebäude** bis spätestens 2035.
- **Zumindest einseitige Alleen** als Vorgabe für alle neu gebauten oder neu gestalteten Straßen in Bonn.
- **Hitzeschutzräume für kranke und alte Menschen** bis zum kommenden Sommer in allen Stadtteilen ausweisen.

10. Kultur und Ehrenamt: Vielfalt fördern, Engagement stärken

Das BSW will die kulturelle Vielfalt unserer Stadt erhalten und fördern. Dazu gehört die Sicherung der Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen, aber auch die gezielte Unterstützung der freien Szene und soziokultureller Zentren. Kultur muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein, unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ist uns ein besonderes Anliegen. Dabei wollen wir wie die städtische Hochkultur aus ihrem Elfenbeinturm holen. An Schulen und auf öffentlichen Plätzen können Theater, Opernensemble und Orchester ihre Kunst einem breiteren Publikum zugänglich machen und einen Bildungsauftrag erfüllen.

Wir unterstützen eine lebendige Erinnerungskultur, die an die Schrecken vergangener Kriege mahnt, beispielsweise durch die Gestaltung lokaler Gedenktage und -veranstaltungen unter Einbindung der Stadtgesellschaft. Ebenso befürworten wir die Schaffung eines städtischen Preises, der ziviles Engagement für Frieden und Völkerverständigung würdigt.

Das ehrenamtliche Engagement verdient höchste Anerkennung und bestmögliche Unterstützung durch die Stadt. Dabei betonen wir nachdrücklich: Ehrenamt darf keine regulären Arbeitsplätze ersetzen oder als Sparmaßnahme missbraucht werden.

In Bonn werden wir uns für eine verlässliche Finanzierung der Kulturinstitutionen einsetzen. Wir wollen transparente Förderkriterien für die freie Szene und unbürokratische Unterstützung für kulturelle Initiativen. Der Eintritt in städtische Museen und Bibliotheken sollte möglichst niedragschwellig, idealerweise kostenfrei sein. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, z.B. durch Bereitstellung von Räumen und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger soll öffentlich gewürdigt werden.

Unsere Kernforderungen im Bereich Kultur und Ehrenamt:

- **Kulturelle Vielfalt sichern:** Städtische Kultureinrichtungen finanzieren, freie Szene fördern.
- **Kultur für alle:** Niedragschwelliger Zugang, kulturelle Bildung stärken. Wir wollen die Einrichtungen der städtischen Hochkultur aus ihrem Elfenbeinturm holen.
- **Ehrenamt unterstützen:** Gute Rahmenbedingungen, zentrale Anlaufstelle, öffentliche Anerkennung.
- **Klare Grenze:** Ehrenamt ersetzt keine bezahlte Arbeit!
- **Bibliotheken und Stadtteilzentren:** Als Orte der Begegnung und Bildung stärken.
- **Erinnerungskultur pflegen:** Lokale Gedenktage und -formen unterstützen.
- **Friedensengagement würdigen:** Prüfung eines städtischen Preises für zivile Friedensförderung.

11. Bürgerbeteiligung und Verwaltung: Demokratische Stadt gestalten

Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein, und die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Stadt einzubringen – nicht nur am Wahltag. Bezirksvertretungen können dabei eine wichtige

Rolle für die Demokratie in den Stadtteilen spielen. Die bisherigen Verfahren der Bürgerbeteiligung werden vielfach als reine Alibiveranstaltungen empfunden.

Das BSW will die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken. Wir setzen uns für verbindliche Bürgerentscheide zu wichtigen städtischen Fragen ein. Die Rechte und Ressourcen der Bezirksvertretungen müssen gestärkt werden, um echte Entscheidungsbefugnisse vor Ort zu ermöglichen. Die Stadtverwaltung muss modernisiert und digitalisiert werden, um Dienstleistungen effizienter und zugänglicher zu machen. Dabei muss aber immer auch der persönliche Kontakt und der Zugang für nicht-digital ausgerichtete Menschen gewährleistet bleiben. Wir fordern maximale Transparenz bei politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass alle anfallenden Daten und Programme ausschließlich auf deutschen Servern und entsprechend den Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten gespeichert werden. Soweit technisch möglich, muss Open-Source-Software verwendet werden.

Die Verwaltung muss ihrer Pflicht nachkommen, Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte, rechtzeitig und verständlich über ihr Widerspruchsrecht bei der Datenweitergabe an die Bundeswehr (§ 36 BMG / § 58c SG) zu informieren.

Die Verwaltung muss in klarer und verständlicher Sprache kommunizieren und auf ideologische Sprachregelungen verzichten.

In Bonn wollen wir Formate für Bürgerdialoge und -werkstätten ausbauen. Die Digitalisierung der Verwaltung wird vorangetrieben, aber stets mit Fokus auf Nutzerfreundlichkeit und unter Beibehaltung analoger Alternativen. Alle wichtigen Informationen und Dokumente sollen leicht zugänglich online veröffentlicht werden. Wir bekämpfen Bürokratie und beschleunigen Genehmigungsverfahren, ohne Standards abzusenken.

Wir wollen, dass Bonn zu einem Vorreiter für offene, selbstbestimmte und sichere Digitalisierung wird. Das Konzept der digitalen Souveränität kann nicht nur schädliche und teure Abhängigkeiten reduzieren, sondern Innovations- und Wachstumsimpulse setzen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Bürgerbeteiligung und Verwaltung:

- **Direkte Demokratie ausbauen:** Verbindliche Bürgerentscheide ermöglichen.
- **Bezirksvertretungen stärken:** Mehr Kompetenzen und Ressourcen für die Stadtteilparlamente.
- **Moderne Verwaltung:** Effizient, transparent, digital UND persönlich erreichbar.
- **Transparenz maximieren:** Einfacher Zugang zu Informationen und Sitzungsunterlagen.
- **Bürgerrechte wahren:** Sicherstellung der proaktiven Information und einfacher Widerspruchsmöglichkeiten bei Datenweitergabe an die Bundeswehr.
- **Klare Sprache:** Verständliche Kommunikation statt Bürokratendeutsch und Gendersprache.
- **Bürokratie abbauen:** Verfahren vereinfachen und beschleunigen.

- **Open-Source-Strategie für Bonn:** In Verwaltung, Schulen und Stadtbetrieben soll konsequent auf offene Standards und auf Software gesetzt werden, deren Quellcode frei verfügbar ist und deren Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht eingeschränkt ist (FOSS). Dies spart teure Lizenzkosten, löst die Abhängigkeit von großen Konzernen und ermöglicht allen Bürgern eine digitale Teilhabe ohne Datenschutzkompromisse.
- **Kommunale Software als Gemeingut:** Die Eigenentwicklung von Software ist ein Aktivposten, der Aufträge für lokale IT-Unternehmen ermöglicht und Chancen für Forschung und Startups eröffnet. Diese Software sollte im Verbund mit anderen Verwaltungen entwickelt werden und muss – nach dem Prinzip „öffentliches Geld – öffentlicher Code“ – als Open Source veröffentlicht werden.
- **Betrieb in der EU:** Die städtischen IT-Systeme sollen ausschließlich in Rechenzentren in der EU betrieben werden. Bei der Nutzung von Cloud-Services sind europäische Anbieter zu bevorzugen.
- **Stärkung der IT-Sicherheit:** Ausfälle der Verwaltung bei Cyberangriffen, die zu Lasten der Bürger gehen, oder der Verlust sensibler Daten müssen durch geeignete Sicherheitsstrategien und eine ausreichende Ausstattung der verantwortlichen Stellen verhindert werden.

12. Flucht und Integration: Herausforderungen annehmen, Zusammenhalt fördern

Auch Bonn trägt Verantwortung bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten. Dies bringt große Chancen für die Vielfalt der Stadt, aber auch erhebliche Herausforderungen für den Wohnungsmarkt, das Bildungssystem, das Gesundheitswesen und den sozialen Zusammenhalt.

Das BSW steht für eine Migrations- und Integrationspolitik, die Humanität und Realismus verbindet. Wir erkennen an, dass die Aufnahmekapazitäten unserer Stadt begrenzt sind und eine ungesteuerte Zuwanderung die Systeme überfordern kann. Wir fordern von Bund und Land eine Politik, die dies berücksichtigt und für eine faire Verteilung der Lasten sorgt. Für die Menschen, die bei uns leben und ein Bleiberecht haben, müssen wir bestmögliche Integrationschancen schaffen. Dazu gehören vor allem der schnelle Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit. Eine menschenwürdige Unterbringung ist selbstverständlich, darf aber nicht zulasten anderer sozialer Aufgaben oder der öffentlichen Infrastruktur gehen.

Wir werden uns für eine effiziente Koordinierung aller Integrationsaufgaben einsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt, Schulen und Kitas muss verbessert werden. Wir fordern ausreichend finanzielle Mittel von Bund und Land für die Unterbringung und Integration. Programme zur Arbeitsmarktintegration und zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssen gestärkt werden. Gleichzeitig werden wir die Belastungsgrenzen unserer Stadt klar kommunizieren und auf eine Steuerung der Zuwanderung auf Bundes- und Landesebene drängen. Wir fördern interkulturelle Begegnung und treten Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Flucht und Integration:

- **Realistische Integrationspolitik:** Kapazitäten anerkennen, Überforderung vermeiden.
- **Faire Finanzierung:** Ausreichende Mittel von Bund/Land für Unterbringung und Integration einfordern.
- **Integration fördern:** Schneller Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit für Menschen mit Bleiberecht.
- **Menschenwürdige Unterbringung:** Sicherstellung angemessener Bedingungen für die hier lebenden Flüchtlinge.
- **Keine Zweckentfremdung:** Ablehnung der Nutzung von Sport- oder Gemeinschaftseinrichtungen für Unterbringung.
- **Effiziente Koordination:** Zusammenarbeit der zuständigen Ämter und Behörden verbessern.
- **Interkulturellen Dialog stärken:** Rassismus und Diskriminierung bekämpfen.
- Konsequentes **Abschieben straffälliger Migranten.**
- **Migrationspolitik und Bildungspolitik aus einem Guss:** Verpflichtende Deutschkurse und frühkindliche Sprach- und Bildungstests.

Schlusswort: Gemeinsam für Bonn

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für eine Politik der Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes. Wir wollen ein Bonn, das für alle seine Bürgerinnen und Bürger lebenswert ist – eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, guten Arbeitsplätzen, hervorragender Bildung, funktionierender Infrastruktur, intakter Umwelt und starkem sozialen Zusammenhalt. Wir wollen eine Politik, die zuhört, Probleme klar benennt und pragmatische Lösungen findet.

Wir setzen auf **Vernunft statt Ideologie**, auf **Gerechtigkeit statt Klientelpolitik** und auf **Dialog statt gesellschaftlicher Spaltung**. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Zukunft unserer Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!